

Abtreibung kein Mittel der Familienplanung:

Signal aus Washington

von Dr. med. Peter Liese, MdEP

Mit einer seiner ersten Entscheidungen hat Präsident Georg W. Bush im Januar für Aufsehen gesorgt. Er kündigte an, die „Mexiko-City-Politik“ wieder aufzunehmen, die 1984 unter Ronald Reagan begonnen hatte. Demnach dürfen Organisationen, die öffentliche Mittel erhalten, Abtreibungen weder vornehmen noch als Mittel der Familienplanung fördern. Reagans Grundsatz war 1993 von Präsident Bill Clinton aufgehoben worden.

Von Bushs Entscheidung sind vor allem Organisationen betroffen wie die „International Planned Parenthood Federation (IPPF)“, Partner von „pro familia“. Bush stellte klar, dass er die 425 Millionen Dollar, die im US-Haushalt für Familienplanung in Entwicklungsländern vorgesehen sind, nicht reduziert oder sperrt, weil er, so wörtlich, „weiß, dass einer der besten Wege zur Verhinderung von Abtreibung die Bereitstellung von qualitativ hochwertigen freiwilligen Angeboten zur Familienplanung ist.“ Zudem betonte er, es sei nicht seine Absicht, Organisationen an der Behandlung von Verletzungen oder Krankheiten zu hindern, die bei Abtreibungen entstehen, wie etwa das Post Abortion Syndrom.

Trotz dieser Klarstellung führte die Ankündigung zu heftigen Reaktionen, vor allem in der Europäischen Union. Die EU-Kommissarin für Gleichstellungsfragen, Anna Diamantopoulou, verlangte eine Debatte auf dem Juni-Gipfel zwischen der EU und den USA. Die Vorsitzende des Sozialministerrates Ingéla Thalen protestierte heftig gegen Bushs Entscheidung. Einige Ministerinnen und Minister für Entwicklungshilfe in den Mitgliedstaaten erwägen, die ausfallenden Mittel für IPPF und andere durch EU-Gelder aufzufangen. Eveline Herfkens, niederländische Ministerin für Entwicklungszusammenarbeit, schrieb an Poul Nielson, EU-Kommissar für Entwicklungsfragen: „Ich würde vorschlagen, dass wir gemeinsam versuchen, alle Kürzungen im Haushalt der Organisationen zu kompensieren, die aus der amerikanischen Entscheidung resul-

tieren“. In öffentlichen Äußerungen erklärte Nielson daraufhin, er plädiere dafür, dass Europa, das heißt wohl die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten, für die ausfallenden Gelder aus den USA in die Bresche springen.

Dieses Verhalten muss umso mehr erstaunen, als die Kommission und die Vertreter der Mitgliedstaaten in den letzten Jahren die allgemeine Entwicklungshilfe systematisch gekürzt haben. Für zusätzliche Ausgaben in Ost- und Mitteleuropa, im Mittelmeerraum und auf dem Balkan wurde die klassische Entwicklungshilfe in Asien, Lateinamerika und Afrika zurückgefahren. Das Engagement von Nichtregierungsorganisationen, darunter kirchliche Einrichtungen, wird immer weniger unterstützt.

Wer behauptet, für Entwicklungshilfe in Asien, Afrika, Lateinamerika fehle das Geld, gleichzeitig aber rund 425 Millionen Dollar (800 Millionen DM) für umstrittene Organisationen ausgeben möchte, muss sich den Vorwurf der Heuchelei gefallen lassen. Die Äußerungen von Nielson und einiger Entwicklungshilfeminister wurden von Europaabgeordneten folglich kritisiert. Schon 1996 hatte das Parlament mit großer Mehrheit beschlossen, bei der Vergabe von EU-Mitteln zur Bevölkerungspolitik und Geburtenplanung den Grundsatz der Kairoer Konferenz zu beachten: „Abtreibung ist kein Mittel der Geburtenkontrolle.“ Deshalb dürfen aus dem EU-Programm zur Bevölkerungspolitik nach Ansicht des Europäischen Parlaments keine Abtreibungen finanziert werden. Der Beschluss des Parlamentes stammt aus einer Zeit, in der für Entwicklungspolitik noch nicht das Mitbestimmungsrecht galt, die Mitgliedstaaten sich also über die Position des Parlamentes hinwegsetzen konnten.

Bisher hat die Kommission dem Parlament noch keinen formellen Vorschlag zur Umstrukturierung im Haushalt vorgelegt. Sie kann bestimmte Entscheidungen aber auch ohne Konsultation des Parlamentes oder des Haushaltsausschusses treffen. Offiziell hat sich das Parlament mit der

Entscheidung Bushs noch nicht beschäftigt. Es ist jedoch fraglich, ob eine Vorlage wie die von 1996, noch eine Mehrheit finden würde. Viele Abgeordnete sind nicht mehr bereit, für Grundsatzpositionen einzutreten. Ein Beispiel: Das Parlament hat sich in der Vergangenheit mehrfach gegen das Klonen von Menschen in allen Stadien ihrer Entwicklung ausgesprochen. Die Sozialdemokraten unterstützten in großen Teilen diese Position. Dann sprach sich die britische Regierung für das „therapeutische Klonen“ aus; die gesamte Sozialistische Fraktion war fortan nicht mehr bereit, darüber auch nur ein kritisches Wort zu verlieren.

Die Entscheidung Bushs sollte zu einem Dialog zwischen EU, USA und den in der Bevölkerungspolitik aktiven Organisationen genutzt werden. Programme zur Geburtenkontrolle, die weder Abtreibung noch frühabtreibende Methoden beinhalten und Freiwilligkeit garantieren, sind zu unterstützen. Dass Bush die Notwendigkeit von Familienplanung anerkannt hat, wird den Dialog erleichtern. Allerdings muss man kritisch hinzufügen, dass Bush durch seine energische Befürwortung der Todesstrafe nicht der glaubwürdigste Vertreter für den Schutz menschlichen Lebens ist. Vielleicht könnte auch dieser Punkt in einem konstruktiven Dialog zwischen der EU und den USA miteinbezogen werden.

Dr. med. Peter Liese, MdEP, Jahrgang 1965, sitzt für die CDU seit 1994 im Europaparlament. Er ist Vorsitzender der Arbeitsgruppe Bioethik & Biotechnologie der Fraktion der Europäischen Volkspartei und Mitglied im Zentralkomitee der Deutschen Katholiken.

